

Autor: ANDREAS GLAS/ DIETRICH
MITTLER

Ressort: Bayern

Seite: R11

Ausgabe: Süddeutsche Zeitung Landkreis
München Nord

Sorge um „saubere Rechtsgrundlage“

Nach der Ankündigung von Bundesminister Spahn, die epidemische Lage nationaler Tragweite auslaufen zu lassen, befürchtet Ministerpräsident Söder ein juristisches Vakuum. Die Opposition sieht das anders

VON ANDREAS GLAS UND DIETRICH MITTLER

München – In der Staatsregierung wächst die Sorge darüber, wie künftig noch Corona-Maßnahmen festgelegt werden können – und juristisch auch Bestand haben. „Wir brauchen eine vernünftige Rechtsgrundlage. Wie man sie nennt, ist nicht entscheidend“, sagte Ministerpräsident Markus Söder (CSU) am Donnerstag dem Bayerischen Rundfunk. Hintergrund ist die Überlegung von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU), die „epidemische Lage nationaler Tragweite“ Ende November auslaufen zu lassen. Auf dieser Lage fußen die tief greifenden Pandemie-Verordnungen wie die Einreiseverordnung, strenge Quarantäneregelungen, die Testverordnung oder die Impfverordnung.

Augenblicklich steigen die Infektionszahlen in Bayern wieder an, teils dramatisch. Das Robert-Koch-Institut (RKI) verzeichnete am Donnerstag im Kreis Berchtesgadener Land eine Sieben-Tage-Inzidenz von 416,6 – der bundesweite Spitzenwert. Über die epidemische Lage sagte Söder: „Wenn diese Lage beendet wird, gibt es de facto keine Rechtsgrundlage mehr, egal für was.“ Hierzu gehören für Söder etwa die Corona-Tests in Bayerns Schulen. Es brauche eine „saubere, vernünftige“ Regelung, um bundesweit „einen Flickenteppich“ zu verhindern. Auf einen rechtssicheren Rahmen für künftige Corona-Schutzmaßnahmen pochen auch die übrigen Länder, deren Chiefs sich am Donnerstag in Königswinter trafen.

In diesem Sinne äußerte sich auch Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU). Mit Blick auf die regional teils hohe Auslastung der Intensivbetten hatte er erklärt: „Zur Umsetzung möglicher Maßnahmen brauchen wir auch in diesem Winter eine solide Rechtsgrundlage, um Corona zur Entlastung des Gesundheitssystems weiter eindämmen zu kön-

nen. Sonst können wir am Ende eine böse Überraschung erleben.“ Völlig klar sei auch, „dass wir nicht einfach so die epidemische Lage auslaufen lassen sollten“.

Die Opposition zeigte sich teils verwundert über Söders Aussage, dass es ohne epidemische Lage keine Rechtsgrundlage mehr gebe für Schutzmaßnahmen. „Offenbar ist Markus Söder da schlecht informiert“, sagte Florian von Brunn, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion. Tatsächlich bleibt den Bundesländern laut Infektionsschutzgesetz die Möglichkeit, über ihre Parlamente die Notwendigkeit von Corona-Maßnahmen festzustellen, sodass ein Auslaufen nicht automatisch das Ende aller Regeln bedeuten würde. Anders als Söder, der nach Ende der epidemischen Lage ein rechtliches Vakuum skizziert und eine Verlängerung für denkbar hält, lehnt die Opposition diese ab. „Der andauernde Ausnahmezustand kann und sollte jetzt beendet werden“, sagte Brunn. Er spricht sich dafür aus, dass der Bund das Infektionsschutzgesetz ändert und so eine Basis schafft, um etwa die Maskenpflicht in bestimmten Bereichen aufrechtzuerhalten. Ähnlich äußerte sich Grünen-Fraktionschefin Katharina Schulze: „Wir begrüßen, dass die epidemische Lage jetzt auslaufen soll.“ Dies bedeute aber nicht, dass alle Schutzmaßnahmen sofort wegfallen. Der Bund müsse als „Übergangslösung“ eine Rechtsgrundlage schaffen, um etwa 3-G-Regel oder Maskenpflicht beizubehalten. Alexander Hold (Freie Wähler) hofft ebenfalls auf eine rasche Lösung. Ansonsten seien „tief greifende Einschnitte wie etwa einschränkende Regelungen zum Betreten von Kliniken und Altenheimen“ unmöglich. Weniger tief greifende Schutzmaßnahmen – etwa die Maskenpflicht – seien gemäß Infektionsschutzgesetz aber auch ohne die Feststellung einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite auf Länderebene weiterhin möglich. Mit einer

wesentlichen Vorgabe, wie Hold betonte: „So weit und solange es erforderlich ist.“ „Anders als von Söder behauptet, ist die Gesellschaft dann nicht wehrlos“, sagt FDP-Fraktionschef Martin Hagen über ein mögliches Ende der epidemischen Lage. Jeder Einzelne habe die Möglichkeit, sich „eigenverantwortlich“ zu schützen, etwa durch Impfung oder eine Maske. Der Staat solle sich künftig auf den Schutz besonders gefährdeter Gruppen konzentrieren, zum Beispiel in Kliniken und Pflegeheimen. „Markus Söder hat offenbar Gefallen am Ausnahmezustand gefunden. Nach gut eineinhalb Jahren brauchen wir aber eine Rückkehr zur Normalität“, sagte Hagen. Die AfD lehnt freiheitsbeschränkende Corona-Maßnahmen grundsätzlich ab. Darüber, dass der Ministerpräsident sich offen dafür zeigt, die epidemische Lage zu verlängern, sagte der neue Fraktionsvorsitzende Christian Klinge: „Markus Söder zeigt mit diesen Äußerungen, dass er den Bezug zur politischen und juristischen Realität verloren hat.“

Eine Kernfrage werde allerdings bei der aktuellen Diskussion sträflich vernachlässigt, wie Ruth Waldmann, die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Landtag, bemängelt: die dringend erforderliche umfassende Beteiligung des Parlaments im Kampf gegen die Pandemie. „Wenn denn die epidemische Lage nationaler Tragweite tatsächlich ausläuft und durch Gesetzesänderungen die Länder mehr Kompetenzen bekommen, dann aber doch bitte unter Einbindung der Länderparlamente“, sagte Waldmann auf Nachfrage. Denn: „Nach wie vor sind wir ausgeschaltet.“ Die Staatsregierung agiere am Parlament, und damit am Gesetzgeber „völlig vorbei“.

Den Landtags-Grünen brennt diese Problematik ebenfalls auf den Nägeln. „Nach der Stunde der Exekutive steht jetzt die Stunde der Legislative an. Wenn die epidemische Lage auf Bundesebene beendet

wird, dann muss sich Ministerpräsident Söder in Zukunft die Erlaubnis aus dem Landtag für seine Infektionsschutzverordnungen holen“, sagte Toni Schuberl, rechtspolitischer Sprecher der Fraktion.

Wie sehr die Meinungen hier auseinandergehen, zeigte sich im April bei einer Experten-Anhörung im Verfassungsausschuss. Thema: „Die Entscheidungsfindung bei der Bekämpfung der Covid-19-

Pandemie transparenter und demokratischer gestalten.“

Urheberinformation: DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.10.2021

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Seite: 1
Ressort: Politik

Ausgabe: Hauptausgabe

Noch kein "Freedom Day"

Von Thomas Holl

Wohin fehlendes Vertrauen in den Staat und dessen als Propaganda-Show empfundene Corona-(Nicht-)Maßnahmen führen, lässt sich derzeit in Russland besichtigen. Weil die Bürger wegen maximaler Intransparenz bei der medizinischen Zulassung dem eigenen Impfstoff Sputnik misstrauen, ist nur ein Drittel der Bevölkerung geimpft. Das Virus konnte sich aber auch wegen der Missachtung der Schutzregeln rasant ausbreiten. Nun erreichen die Todeszahlen täglich neue Höchststände. Dass Russlands Herrscher Putin seinen Untertanen nun einen Zwangsurlaub zu Hause verordnet, zeigt die Hilflosigkeit angesichts eines Gegners, der sich nicht mit Lügen und Schönfärberei besiegen lässt.

Auch in Deutschland steigen die Infektionszahlen wieder deutlich, wenn auch weit weniger schnell als in Russland. Und hierzulande verhindert eine Impfquote von immerhin 66 Prozent der Gesamtbevölkerung zumindest eine Überlastung des Gesundheitswesens, wie sie in Russland oder Rumänien zu beobachten ist. Gesundheitsminister Jens Spahn liegt richtig, wenn er deshalb das Ende der im März 2020 vom Bundestag festgestellten "epidemischen Lage von nationaler Tragweite" anstrebt, die seither die rechtliche Grundlage für zentrale Corona-Maßnahmen bietet. Dass nun Ministerpräsidenten, allen voran wie stets Markus Söder, weiter auf eine einheitliche Rechtsgrundlage für Corona-Schutzmaßnahmen dringen, zeigt das in der Pandemie gewach-

sene Gefallen am Durchregieren. Es ist Augenwischerei, wenn die Länder nun beklagen, dass sie im Krisenfall ohne zentrale Regelung nicht reagieren könnten. Sie müssten dazu nur ihre Parlamente lästigerweise ganz demokratisch über Maßnahmen beraten und beschließen lassen.

Fraglich bleibt, ob es bei der immer noch zu hohen Zahl Nichtgeimpfter bald zum erhenteten "Freedom Day" wie im durchgeimpften Dänemark ohne Maskenpflicht und 3-G-Regel kommt. In Großbritannien jedenfalls rufen Ärzteverbände angesichts stagnierender Impf- und dramatisch wachsender Corona-Zahlen schon nach einem "Plan B": Freiheit für vieles im Leben nur mit Impfnachweis.

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten. © F.A.Z. GmbH, Frankfurt am Main